



Redemanuskript vom 13.09.12 von Robert Stein

Seite 1 von 2

Robert Stein, Piratenfraktion im Landtag NRW, zum Thema
**Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen
(Umlagegenehmigungsgesetz - UmlGenehmG)**

„Solidarität durch Konnexität“

Grußformel,

Das „Gesetz über die Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen“ lässt vom Titel her den Eindruck entstehen, dass durch das angesprochene Genehmigungsverfahren eine gerechtere Aufteilung der Lasten innerhalb eines Umlageverbandes und dessen Mitgliedskörperschaften angestrebt wird.

Vordergründig wird dies mit den hier angesprochenen Maßnahmen versucht zu erreichen. Die Realität sieht jedoch so aus, dass es sowohl auf der Seite der Gebietskörperschaften als auch auf der Seite der Umlageverbände weitreichende Aufgaben aber auch große Finanzierungsprobleme gibt.

Diese werden doch NICHT dadurch gelöst, dass die Aufsichtsbehörden nun jährlich über die Festsetzung der Umlagehöhen zu entscheiden haben. Um mit den Worten von unserem Fraktionsvorsitzenden die Lage zu beschreiben: „Es kann doch nicht sein, dass unter Aufsicht der eine nackte Mann dem anderen nackten Mann in die Tasche greift.“

Die politischen Debatten über die Umlagesätze sind zuletzt immer härter geworden und Ausdruck des immer größer werdenden Sparzwangs vieler Kommunen und der Umlageverbände. Letztlich dient dieser neue Verteilungsmechanismus zwar der Entschärfung der hitzigen Diskussion, jedoch löst es nicht die Probleme der zu finanzierenden Aufgaben.

Mal wieder wird ein Gesetz auf den Weg gebracht, das aktuelle Auswirkungen der strukturell unterfinanzierten Kommunen und Umlageverbände nicht an der Wurzel bekämpft, sondern bei oberflächlichen Betrachtungsweisen zu einer Entspannung führt, ohne dabei eine langfristige Strategie zum Umgang mit kommunalen Aufgaben vorzulegen. Dies ist lediglich der Ausdruck eines symptomatischen Herumdokterns. Dies muss ich hier in aller Deutlichkeit feststellen.

Umlageverbände UND Kommunen müssten dazu finanziell besser aufgestellt sein. Übergreifend zu betrachten, wer am besten da steht und ihn die Zeche zahlen zu lassen, klingt prinzipiell solidarisch, aber nur dann, wenn überhaupt ein adäquater Haushalt vorgelegt werden kann.

Gleich mehrere Stellungnahmen von Vertretern der Umlageverbände bestätigen diese Überlegungen. Die meisten Gebietskörperschaften leiden ohnehin an dem großen



Sparzwang durch die Haushaltssicherungskonzepte. Nun wird auch durch die Genehmigungspflicht in die Umlageverbände hineinregiert.

Leider muss man hier anmerken, dass der momentane **Schuldenumverteilungskampf** dazu führt, dass das wichtige Prinzip der kommunaler Selbstverwaltung, das selbstverständlich auch für die Umlageverbände gilt, Stück für Stück ausgehöhlt wird.

Die Piraten sprechen sich grundlegend gegen solche Maßnahmen aus.

Wir fordern: „Solidarität durch Konnexität“

Denn da, wo Aufgaben voll finanziert werden, entstehen auch keine Verteilungskämpfe. Ein konstruktives in die Zukunft gerichtetes Konzept würde uns dann auch in die Lage versetzen die, wichtigen Aufgaben der Umlageverbände schätzen zu lernen. Denn am Ende sitzen die Kommunen im gleichen Boot.

Daher empfehle ich diesen Gesetzesentwurf abzulehnen.

Danke sehr!